



## Behörden müssen entscheiden, was strafrechtlich relevant ist

**Nachricht von Anke Domscheit-Berg, 09. Januar 2018**

Ärger mit Ansage: Das NetzDG (Netzwerkdurchsetzungsgesetz), das Hasskommentaren im Internet einen Riegel vorschieben soll, ist seit gut einer Woche in Kraft und sorgt schon für viel Wirbel. Twitter sperrte beispielsweise leichtfertig den Account des Satiremagazins *Titanic*. Anke Domscheit-Berg, Netzexpertin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, sagte im Interview mit *NDR Info*, dass eine "Privatisierung der Rechtsdurchsetzung" nicht hinnehmbar sei und aus dem Gesetz entfernt werden müsse. Behörden müssten entscheiden, was strafrechtlich relevant ist. "Das gehört nicht in die Hände eines amerikanischen Unternehmens. Das hat nicht zu entscheiden, was deutsches Recht ist und was nicht", stellte die Abgeordnete klar.

Zum Nachhören: mein  
Interview zum #NetzDG  
beim @ndr heute früh:  
<https://t.co/AlvF0NXMey>  
— anke domscheid-berg  
(@anked) January 9,  
2018

Bereits im Dezember hatte die Fraktion DIE LINKE deshalb im Bundestag auf die Schwächen des Gesetzes aus dem Hause von Justizminister Heiko Maas (SPD) aufmerksam gemacht und per Antrag (PDF) eine Teilaufhebung gefordert. Diese Position untermauerte Domscheit-Berg gegenüber *NDR Info*. Die Fristen, die die Unternehmen verpflichten binnen einer bestimmten Zeit Beiträge zu löschen, sollten aus dem Gesetz getilgt werden: "Wir möchten drin behalten, dass die sozialen Netzwerke einen zustellfähigen Ansprechpartner in Deutschland benennen, und zwar so, dass man den auch sofort im Netz findet. Dann kann nämlich ein Gericht auch einen Brief zustellen und eine Polizei jemanden

für Ermittlungen erreichen.  
Und sie müssen  
transparente, effektive und  
erreichbare  
Beschwerdeprozesse haben  
und darüber müssen sie alle  
sechs Monate berichten.“

Wenn es um die  
Meinungsfreiheit gehe,  
müsse der Kontext und die  
Situation, in der eine  
Aussage gemacht wird,  
mitbedacht werden. Das sei  
nicht immer so schwarz-weiß  
zu entscheiden. Gegenwärtig  
entschieden Mitarbeiter und  
Mitarbeiterinnen von  
Unternehmen wie Facebook  
in Call-Centern im Akkord  
darüber, welche Beiträge  
gelöscht werden. "Es bringt  
uns leider nichts, wenn viel  
und schnell gelöscht wird,  
weil das ein Eingriff in die  
Meinungsfreiheit ist", so  
Domscheit-Berg.

Netzaktivistin @anked  
fordert in der  
@bayern2-radioWelt  
eine neue Version des  
umstrittenen  
Netzwerkdurchsetzungs  
gesetzes #NetzDG.  
→<https://t.co/rQgTvTxxU>  
0pic.twitter.com/gUVEC  
OY6nZ

— BR24 (@BR24)  
January 9, 2018